

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zubereitung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.  
Die 14tägige 37 zum dreizehnten 2 M. Auf Familienangehörigen. Einzelnen unterstellen u. Wohnungsamt, 14tägige 2 M. u. Verbands 25 M. Borgenspflicht laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vormerkung. Einzelnnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptredaktionsstelle:  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neuph & Neudamm in Dresden.  
Postfach-Numm. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**F. Hermann Beeg**  
Dresden-A.,  
Falkenstraße 26  
**Feuer**  
Fernsprecher  
19351 und 20461  
Verzinkerer - Verzinnerer - Verbleierer

**Glaswaren**  
jeder Art aus dem bedeutendsten Glasstätten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl  
**Witt. Rühl & Sohn, Inh.: Hedwig verw. Rühl**  
Gegründet 1848. Neumarkt 11. Fernspr. 14277.

**Osram-Haus, Ruhland & Co.**  
Beleuchtungskörper, Seidenschirme  
Klub- und Schreibtischlampen  
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper  
Lillengasse, Ecke Röhrhofgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

## Englands Abkehr von Polen.

Lord Georges Damaskus.

London, 13. Mai. Unterhaus. Lord George erklärte im Unterhaus, die Alliierten müßten darauf bestehen, daß der Friedensvertrag respektiert werde. Er erklärte weiter: In behaupten, daß solche Truppen, wie sie Deutschland habe, zur Teilnahme an der Wiederverteilung der Ordnung nicht zugelassen werden dürften, ist unfair. (Beifall.) Fair play ist es, was für England eintritt, und ich hoffe, daß England dafür bis zum Ende eintritt wird. Ich hoffe auch, daß, obwohl es sich um Deutsche handelt, wir immer mehr zeigen werden, daß wir für fair play eintreten und daß wir unsere Autorität in Europa in immer steigendem Maße dafür einsetzen werden. Daß den Polen gestattet sein soll, in Betrachtung des Friedensvertrages Obereschlesien wegzunehmen und daß es auch nicht gestattet sein soll, auch in einer Provinz zu verbleiben, die sich 200 Jahre gehört hat, und die 600 Jahre lang arabisch nicht polnisch war, wäre entehrend und unheimlich der Ehre jeden Landes. Lord George ist völlig gewiß, daß die Haltung der Alliierten nicht derartig sein dürfte. Das einzige, was er im Namen der Regierung zu sagen wünsche sei, daß, was auch immer sich ereignen möge, sie ein fait accompli nicht anerkennen könnten.

Lord George fuhr fort: Er glaube, es sei richtig, ganz offen zu sprechen, denn wenn solche Dinge sich ereignen und man von ihnen nicht Notiz nehmen und sich mit ihnen nicht befassen mit einem letzten gerechten Sinn, der die Haltung Englands bei jedem Vorgehen in auswärtigen Dingen kennzeichnet, so wäre das verhängnisvoll für den europäischen Frieden. Wenn der Friede gestört würde, so vermöge er nicht voranzuschreiten, was mit Europa geschehen werde. Er sei in Unruhe, so, in Schrecken versetzt, bei dem Gedanken, daß der Welt das Vertrauen nicht wiedergegeben werde, woraus die menschlichen Völker erwachsen könnten. Sei doch die ganze industrielle Welt so sehr auf Kredit und Vertrauen aufgebaut, daß, wenn dies einmal erschüttert würde, er nicht zu sehen vermöchte, wie die Welt wieder aufgebaut werden könnte. Es sei daher im Interesse der Nationen von größter Wichtigkeit, ohne Rücksicht auf Abneigung und Vorliebe, alle Maßnahmen, ob man diesen Namen Liebe oder einen anderen nicht liebe, anzuerkennen, daß Gerechtigkeit mit Rücksicht auf Abneigung nichts zu tun habe. England müsse ehrenhaft und fest entschlossen in Uebereinstimmung mit dem Vertrage, den es selbst unterzeichnet hat. Der Friedensvertrag sei die Urkunde der Freiheit Polens, die auf ihm beruhe. Das letzte Land in Europa, das ein Recht habe, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, sei Polen, denn Polen habe den Vertrag von Versailles nicht gewonnen. Durch ein grausames Geschick sei Polen während des Krieges isoliert gewesen, eine Hälfte seiner Söhne sei auf Seiten der Alliierten gewesen, die andere habe gegen sie gekämpft.

Bezüglich der Haltung, die die polnische Regierung gegenüber den Vorkämen in Oberschlesien einnehme, führte Lord George weiter aus: Die polnische Regierung habe die Verantwortung abgelehnt und er sei geneigt gewesen, diese Erklärung als Ausdruck ihrer wahren Meinung anzusehen, aber eine solche Erklärung sei einmal schon ergangen. Lord George erinnerte an die Resolution der italienischen Frage, bei der die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und England beteiligt waren. Wilna sei von polnischen regulären Truppen besetzt worden, was eine Verletzung der Alliierten gewesen sei. Polen sei erlaubt worden, die Truppen zurückzuführen, habe jedoch die Verantwortung für die Besetzung abgelehnt. Dasselbe habe sich jetzt ereignet. Dasselbe Ablehnung der Verantwortung. Die Tatsache, daß Waffen von Polen her eingeführt wurden, daß Offiziere die Grenze überschritten, mache es sehr schwer, sich dem Gefühl zu verschließen, daß die Ablehnung der Verantwortung nicht anders als bloß im Vorhinein zu denken sei. Als d'Annunzio in Verletzung der italienischen Regierung kam, führte die italienische Nation, daß ihre Ehre im Spiel war, und d'Annunzio und seine Leute waren aus Niume hinaus. Die Italiener griffen sofort bewaffnet ein, denn sie fühlten, daß die Ehre einer großen Nation in diesem schönen Beispiel vor. Er halte Polen dieses schöne Beispiel vor.

Das höchste Interesse der Alliierten gehe dahin, den Vertrag von Versailles innezuhalten. Wesenwärtig hätten sie die Uebermacht auf ihrer Seite und Deutschland habe sich unterworfen, aber die Zukunft sei dunkel und ungewiß.

Lord George führte weiter aus: Das einzige, was er voranzusetzen wage, sei, daß im Hinblick auf den Versailles Vertrag Gewalt viel, viel weniger und die Ehre und der Kredit Deutschlands und die Unterzeichnung seiner Verpflichtungen weit, weit mehr ins Gewicht fallen werden. Es sei ein Fehler in der Rechnung, wenn Deutschland sagen dürfte: Ihr verlangt unsere Ehre und unsere Verpflichtung, was habt ihr mit euren gemacht? Als es gegen uns ging um Wiederaufbau und Abrüstung, da habt ihr auf der Blockadebestrafung bestanden und habt andere Maßnahmen ergriffen, denn ihr wolltet uns zwingen, den Vertrag von Versailles durchzuführen. Was habt ihr getan, als

Polen auch in Oberschlesien herausforderte? Wart ihr damals ebenso hartnäckig? Lord George erklärte feierlich: Für England und die Alliierten handle es sich nicht bloß um eine Angelegenheit ihrer Ehre, obwohl das sicherlich nicht unterschätzt werden dürfe, es sei eine Angelegenheit ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe, zu zeigen, daß sie sich am Vertrage festhalten, möge er für oder gegen sie sprechen. Mehr als er sagen könne mißbillige er die Fäulerei mit dem Vertrag, indem man sage: Schließlich seien es ja nur Deutsche. (wll.)

London, 13. Mai. Am Unterhaus fragte Sir Samuel Hoare, über die in Oberschlesien durch die Alliierten geschaffene Lage sprechend, an, ob die Alliierten Delegierten an Ort und Stelle die getroffenen Vorkehrungen bemerkt und ob sie ihren Regierungen darüber Bericht erhalten hätten. Wenn dies der Fall gewesen sei, weshalb dann nicht Vorkehrungen getroffen worden seien, um die Durchführung des Staatsvertrages zu verhindern. Sir Samuel Hoare forderte, daß ein Druck auf die polnische Regierung ausgeübt werde, um die polnischen Streitkräfte zu zwingen, Oberschlesien zu räumen. Antwort: erklärte, daß es besser sei, ganz Oberschlesien würde an Deutschland abgegeben. (S. I. B.)

London, 13. Mai. „The Mass and Globe“ schreibt unter der Ueberschrift „Die Freibeuter und ihre Freunde“, die französische Presse sei schlecht beraten, wenn sie, wie dies der Fall sei, die Versammlung der französischen Vertreter gegenüber den polnischen Freibeutern bemühete. Die Autorität Frankreichs sei ernstlich durch die Ereignisse in Oberschlesien angefochten worden und mit ihr auch die Glaubwürdigkeit der Alliierten im ganzen. Wenn gewisse französische Befehlshaber für ihr Benehmen nicht zur Rechenschaft gezogen würden, dann sei die moralische Prestige der Entente in Mitteleuropa für dauernd geschwächt. (S. I. B.)

### Zerfall der interalliierten Kommission?

Dresden, 13. Mai. Der vollkommene innere Zerfall der interalliierten Kommission wird immer deutlicher. Das Zerwürfnis mit den englischen und italienischen Mitgliedern ist vollständig. Neuerdings haben abermals zwei Majore der Abstimmungsabteilung um Enthebung von ihrem Posten gebeten, weil die ihnen erteilten Befehle der Kommission unzumutbar waren. Weitere englische und italienische Offiziere haben sich den deutschen Selbstschutzorganisationen in den Kreisen Arnshagen und Rathow zur Verfügung gestellt und kämpften dort unter deutschem Kommando.

### Amerika hat kein „Interesse“ an Oberschlesien.

Wafel, 13. Mai. Das „Echo de Paris“ meldet: Der Vertreter Amerikas in der Wiedergutmachungskommission, Herr Bonen, erklärte im Namen der amerikanischen Regierung deren Nichtinteresse in der oberschlesischen Frage. Die Regierung Harding sei mit der Entscheidung, die der Oberste Rat fällen werde, im voraus einverstanden.

### Und trotzdem streitet Verond ab!

Paris, 13. Mai. Der im französischen Hauptquartier weilende Vertreter der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß tatsächlich ein Waffenstillstand zwischen Verond und Koriant abgeschlossen und auch eine Demarkationslinie festgelegt worden sei. Die Polen müßten angesichts dieses Abkommens Krenzburg, Rosenberga und Landzin räumen. Die Eisenbahnen, die Abzugsmittelverforgung, die Telegraphen- und Postverwaltung würden gemeinsam von Vertretern der interalliierten Kommission und der polnischen Aufständischen kontrolliert. Koriant erklärte dem Korrespondenten, er habe die Möglichkeit eines Krieges mit den Deutschen erwogen, bevor er die Leitung der aufständischen Bewegung in die Hände nahm.

Oppeln, 13. Mai. Die geistliche Auseinandersetzung des Grafen Praskwa mit Verond wegen der Nichterfüllung der Zusage des Generals hatte einen sehr stürmischen Verlauf. Es kam zu einem erregten Auftritt, in dessen Verlauf Graf Praskwa erklärte, er müsse, wenn er keine bindende Zusage erhalte, die Konsequenzen daraus ziehen und der deutsche Bevollmächtigte würde Oppeln verlassen.

### Die polnische Antwort an Deutschland.

Warschau, 13. Mai. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten übergab dem deutschen Gesandten die Antwort der polnischen Regierung auf die deutsche Note vom 6. Mai in der Angelegenheit Oberschlesiens. Es heißt in der Note, Polen könne keine amtliche Erklärung über die Vorgänge in Oberschlesien geben, denn der Staat sei Frankreich (?) annerkannt und das Abstimmungsgebiet sei nach den Bestimmungen des Versailles Vertrages der interalliierten Abstimmungskommission unterstellt. Polen habe den Mächten versprochen, bei der Unterdrückung des Aufstandes mitzuwirken und habe zu diesem Zwecke die Grenze respect. (1.)

### Das Londoner Protokoll.

Aus einem Artikel der amerikanischen Wochenchrift „The new republic“ geht hervor, daß man sich in gewissen englischen und amerikanischen Kreisen über den verzweifelten Widerstand eines Teils des deutschen Volkes gegen das Ententeultimatum wunderte. „Warum nicht die Zahlung versprechen, wo doch die Ereignisse früher oder später die Unmöglichkeit der Erfüllung der Forderungen von selbst erweisen werden?“ Daß es Millionen von Menschen im deutschen Volke gibt, die dieses Sabaneuspiel weit von sich abtun, ist ein erfreuliches Zeichen für den gesunden Kern unserer Volkseele. Daß aber andererseits eine möglicherweise noch größere Zahl von jenen amerikanisch-englischen Gedanken, der leichtster und der großen Masse zugänglich ist, erfüllt war, als sie sich unter den Drohungen der Gewalt mit der Annahme des Ultimatus einverstanden erklärte, beweist nur, wie wenig man sich in diesen Kreisen der Tragweite der Forderungen des Ultimatus bewußt war und ist, wie wenig man die Tatsächlichkeiten des Londoner Protokolls vom 3. Mai überhaupt kennt. Wenn uns auch heute nach der Unterzeichnung des Dokuments unserer Verflärung der Hinweis auf die Rechtsverdrängungen, auf die Widerprüche mit den Grundlagen des Versailles Vertrags, einen augenblicklichen Nutzen nicht bringen kann, so würden wir uns doch einer unverzeihlichen Unterlassungssünde schuldig machen, wollten wir deswegen auf die Hervorhebung unseres Rechtsstandpunktes verzichten. Es ist phantastisch, etwas, das einer Verurteilung oder stillen Erhebung gleichkommt, in Europa zu erwarten, so lange man den Nationen das Ansehen stellt, Verträge zu unterzeichnen, deren Einhaltung sie für unmöglich halten, und ihnen im Weigerungsfalle nur die Alternative läßt, daß sie dafür durch militärische Maßnahmen büßen müssen. Diese These der alliierten amerikanischen Zeitchrift müssen wir dahin verhalten, daß es nicht „phantastisch“, sondern vorurteillos ist, trotz klarer, unüberleglicher Tatsachen eine mit diesen in Widerspruch stehende Unmöglichkeit zu verlangen.

Unser Volksvermögen und unsere Leistungsfähigkeit mit einseitiger Richtigkeit zahlenmäßig genau festzulegen, ist zwar ausgeschlossen, erwehnen läßt sich aber das Volkseinkommen, das nach statistischen Feststellungen sich auf 130 Milliarden Papiermark beläuft. Ein Spiegelbild der realen Leistungsfähigkeit des Volkes darf in den deutschen Zahverhältnisausschüssen auf der Londoner Konferenz erblickt werden. Diese gaben eine Summe von reichlich einer Milliarde Goldmark im Jahre als die höchstmögliche Leistung für Wiedergutmachung an. Das zweite Simonsche Angebot, ebenso wie das durch die Vermittlung Amerikas an die Alliierten gerichtete, entbehrten bereits jeder Sicherheit und tatsächlichen Unterlage. Dieser deutschen Leistungsfähigkeit stellt das Londoner Protokoll die Gegenforderung von 132 Milliarden Goldmark im Gegenwartswert gegenüber. Das Gesamtmaß dieser Forderung ist weniger ihre Höhe, wenn sie auch den Gegenwartswert der Leistung im Paris festsetzten Gesamtsumme der deutschen Schuld um zwei Drittel übertrifft, als vielmehr die Art und Weise der verlangten Abtragung. Es werden bekanntlich für die drei Serien deutscher Schuldverschreibungen emittiert, deren erste bereits in den nächsten Tagen als „Deutsche Reichsschuld“ vom Wiederbeschaffungsanstalt auf den Markt geworfen werden soll. Nebenbei sei bemerkt, daß diese sofortige Einreichung der ersten deutschen Zahlungsbonds, im Widerspruch zu dem im Londoner Protokoll genannten Termin, dem 1. Juli, steht. Aber solche kleine Rechtsbrüche dürfen uns angesichts des ganzen Riesenbetrags nur bezüglich wenig kümmern. Die Schuldverschreibungen der ersten beiden Serien in Höhe von 12 und 38 Milliarden Goldmark sind vom 1. Mai d. J. an mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 v. H. zu amortisieren. Für die dritte Serie, also des Ueberschusses der Hauptmasse der Milliarden, soll zunächst kein Zinsendienst eingerichtet werden; es sollen Schuldverleiher dieser Serie, die am 1. November d. J. von Deutschland übergeben werden müssen, erst dann in den Handel gebracht werden, wenn die Zahlungen Deutschlands nicht nur die Verzinsung und Amortisierung der ersten beiden Serien gewährleisten, sondern wenn sie darüber hinaus Beträge erbringen, die die Verzinsung und Amortisierung von Schuldverschreibungen aus der dritten Serie wirklich decken. Allein im Dienste der ersten beiden Serien von Schuldverschreibungen ist aber nach dem Londoner Protokoll eine Jahreszahlung von drei Milliarden erforderlich, die sich aus zwei Milliarden fester Annuität und 25 bezw. 26 Prozent Auszahlung zusammenfassen, darüber in Vierteljahresraten. Abgesehen davon, daß diese jährliche Gesamtsumme die Einkünfte von deutschen Zahverhältnissen bezeichneten Möglichkeiten ganz und gar unübersehbar läßt, würden wir, bei etwaigen Rückständen durch automatisch sich erhöhende Zins- und Zinseszinsleistungen für das nächste Quartal niemals zu einer tatsächlichen Abtragung auch nur der ersten beiden Reihen von Schuldverschreibungen gelangen können. An eine Amortisierung der Gesamtsumme von 82 Milliarden, die für jeden Fall noch im Hintergrund lauert,